

## **36 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP**

**Ausgedruckt am 16. 12. 1994**

# **Regierungsvorlage**

### **Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Litauen über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen**

Die Republik Österreich und die Republik Litauen, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind

- vom Wunsche geleitet, die bestehenden bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu verstärken,
- im Bestreben den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern,
- in der Überzeugung, daß ein neues Abkommen über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen schafft,
- im Einklang mit den in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften,
- ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,

wie folgt übereingekommen:

#### **Artikel 1**

Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer geltenden Rechtsvorschriften ihre bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen beider Staaten, im folgenden „Unternehmen“ genannt, sowie die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Beteiligungen erleichtern und fördern.

#### **Artikel 2**

(1) Die Republik Österreich und die Republik Litauen behandeln einander nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben sowie des Erhebungsverfahrens für solche Zölle und sonstige Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich insbesondere nicht auf Zugeständnisse, Vorteile oder Befreiungen bezieht, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewähren wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs,
- b) Staaten, die mit ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien oder präferentiellen Handels angehören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird,
- c) Drittstaaten in Anwendung multilateraler Vereinbarungen an denen die andere Vertragspartei nicht teilnimmt.

#### **Artikel 3**

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften den Außenhandel und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit fördern.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein,

- a) daß insbesondere in folgenden Bereichen gute Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind:
- Förderung von Technologietransfer und Know-how-Ausbau einschließlich angewandter Forschung,
  - Land- und Forstwirtschaft einschließlich Landschaftsschutz,
  - Kultivierung, Gewinnung und Verarbeitung von Flachs,
  - Leder- und Pelzbe- und -verarbeitung,
  - Holzbe- und verarbeitende Industrie,
  - Lebensmittelindustrie, Verarbeitung und Lagerung landwirtschaftlicher Produkte,
  - landwirtschaftliche Maschinen und Ausrüstungen,
  - pharmazeutische, medizinische und chemische Industrie,
  - Elektro- und Elektronikindustrie,
  - gemeinsame Aufsuchung, Gewinnung, Verarbeitung und Vermarktung von Bodenschätzen,
  - Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau, Automation bestehender Anlagen,
  - finanzielle und sonstige Dienstleistungen,
  - Berufsausbildung und Managementschulung,
  - Informatik,
  - Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Seminaren, Austausch von Wirtschaftsmissionen und Experten;
- b) daß die Projekte grundsätzlich nach den höchsten jeweils verfügbaren Standards der Umwelttechnologien verwirklicht werden sollen;
- (3) Die Vertragsparteien werden im Bewußtsein der Notwendigkeit der Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme höchstes Interesse der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen widmen:
- Energie,
  - Schifffahrt,
  - Hafenwirtschaft,
  - Eisenbahn,
  - Luftfahrt,
  - Telekommunikation,
  - Wasserwirtschaft,
  - Recycling und Abfallverwertung.

#### **Artikel 4**

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen beitragen kann.

(1) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristen-Code“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern.

(2) Die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes und des schonenden Tourismus erfolgen.

#### **Artikel 5**

Der Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Republik Litauen erfolgt in Übereinstimmung mit den Devisenvorschriften, die in jedem der beiden Staaten jeweils in Kraft stehen, in frei konvertierbarer Währung.

#### **Artikel 6**

(1) Der Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens wird auf kommerzieller Grundlage durchgeführt.

(2) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen.

#### **Artikel 7**

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen den Vertragsparteien in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder unter solchen Bedingungen einge-

## 36 der Beilagen

3

führt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so werden die Ausfuhren beschränkt oder andere Maßnahmen getroffen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultationen beantragt hat, frei, die Einfuhren der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen, in denen ein Aufschub der Konsultationen einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall sind jedoch Konsultationen sofort aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

**Artikel 8**

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

**Artikel 9**

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

(2) Im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften fördern die Vertragsparteien

- a) die Regelung von Streitfragen zwischen Unternehmen im Zusammenhang mit Handels- und Kooperationsgeschäften sowie bei der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Beteiligungen der Vertragsparteien durch Schiedsgerichte,
- b) die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichts eines Unterzeichnerstaates des 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

**Artikel 10**

Änderungen oder der Ablauf der Gültigkeit des vorliegenden Abkommens haben keinen Einfluß auf die Abwicklung der zwischen den Unternehmen der beiden Staaten vorher abgeschlossenen Verträge.

**Artikel 11**

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird eine „Gemischte Kommission“ errichtet, welche auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder Litauen zusammentreten wird.

(2) Zu den besonderen Aufgaben dieser Gemischten Kommission gehören

- a) Analyse der Entwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen,
- b) Abstimmung und Erschließung neuer Möglichkeiten sowie Förderung der zukünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit,
- c) Empfehlungen und Konsultationen zur Anwendung dieses Abkommens,
- d) Unterbreitung von Vorschlägen zur Verbesserung der Bedingungen der wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Staaten.

**Artikel 12**

(1) Mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitrittes zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) oder einer dieser nachfolgenden Organisation sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem sich dadurch ergebenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

(2) In diesem Fall werden die Vertragsparteien gemeinsam die weitergeltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommens feststellen.

**Artikel 13**

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen wird für die Dauer eines Jahres abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens verlieren

a) das Handelsübereinkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Lithauen vom 5. Oktober 1928,

b) der Notenwechsel zum Handelsübereinkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Lithauen vom 5. Oktober 1928,

c) der Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und der Republik Litauen über die Einräumung eines Zollkontingentes für Eier vom 27. April 1934,

d) der Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und der Republik Litauen betreffend die Einfuhr von toten Gänsen aus Litauen vom 11. Februar 1936

ihre Wirksamkeit.

GESCHEHEN zu Vilnius, am 16. September 1994 in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und litauischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

**Josef Tschach**

Für die Republik Litauen:

**Albinas Januska**

AUSTRIJOS RESPUBLIKOS

IR

LIETUVOS RESPUBLIKOS

S U T A R T I S

DĖL DVIŠALIŲ TARPTAUTINIŲ EKONOMINIŲ SANTYKIŲ

Austrijos Respublika ir Lietuvos Respublika, toliau vadinamos "Susitariančiosiomis Šalimis",

- norėdamos sustiprinti dvišalius tarptautinius ekonominius santykius,

- siekdamos lygiateisiškumo ir abipusės naudos pagrindu skatinti prekių mainus bei ekonominį, pramoninį, techninį ir techninį- ekonominį bendradarbiavimą,

- įsitikinusios, kad nauja sutartis dėl dvišalių tarptautinių ekonominių santykių sudarys palankias sąlygas ir tinkamą pagrindą tolimesnei dvišalių ekonominių tarptautinių santykių plėtotei,

- pagal abiejose valstybėse galiojančius teisinius aktus,

- vadovaudamosi rinkos ekonomikos principais,

susitarė:

## 1 straipsnis

Susitariančiosios Šalys pagal jų galiojančius teisinius aktus remis ir skatins dvišalius ekonominius santykius tarp abiejų valstybių įmonių, organizacijų, bendrovių ir institucijų, toliau vadinamų "įmonėmis", taip pat ir bendrų įmonių steigimą ir tiesiogines investicijas.

## 2 straipsnis

(1) Austrijos Respublika ir Lietuvos Respublika traktuoja viena kitą pagal didžiausio palankumo statusą dėl muitų ir kitų rinkliavų, taip pat renkant mokesčius už tokius muitus ir kitas rinkliavas už prekių įvežimą arba išvežimą.

(2) Susitariančiosios Šalys susitaria, kad didžiausio palankumo statusas visų pirma neapima nuolaidų, pirmumo teisės arba atleidimų nuo mokesčių, kuriuos suteikia arba suteiks viena Susitariančioji Šalis:

(a) kaimyninėms valstybėms sienos pervažiavimui palengvinti;

(b) valstybėms, kurios kartu su ja priklauso muitų sąjungai arba laisvos ar preferencinės prekybos zonos, jau esančioms arba ateityje sukursimoms;

(c) trečiosioms valstybėms, taikant daugiašalius susitarimus, kuriuose kita Susitariančioji Šalis nedalyvauja.

## 3 straipsnis

(1) Susitariančiosios Šalys pagal savo galimybes ir jų valstybėse galiojančius teisinius aktus skatins užsienio prekybą bei ekonominę, pramoninę, techninę ir techninį-mokslinį bendradarbiavimą.

(2) Susitariančiosios Šalys susitaria, kad:

(a) ypač tinkamos bendradarbiavimui yra šios sritys:

- pasikeitimo technologijomis ir naujovėmis, įskaitant taikomuosius mokslinius tyrimus, skatinimas;

## 36 der Beilagen

7

3

- žemės ir miškų ūkis, įskaitant kraštovaizdžio apsaugą;
- linų auginimas, nuėmimas ir apdirbimas;
- odų ir kailių apdorojimas ir perdirbimas;
- medienos perdirbimo pramonė;
- maisto pramonė ir žemės ūkio produktų perdirbimas bei sandėliavimas;
- žemės ūkio mašinos ir įrengimai;
- farmacijos, medicinos ir chemijos pramonė;
- elektros gamyba ir elektronikos pramonė;
- bendra žemės išteklių paieška, gavyba, perdirbimas ir realizavimas;
- esamų įrengimų rekonstrukcija, modernizavimas, plėtimas ir automatizavimas;
- finansinės ir kitos paslaugos;
- profesinis mokymas ir menedžerių rengimas;
- informatika;
- mugių, parodų, seminarų organizavimas ir rengimas, pasikeitimas ekonominėmis misijomis ir ekspertais;

b) kad projektai turi būti įgyvendinami pagal esamus aukščiausius aplinkos apsaugos technologijos standartus.

(3) Susitariančiosios Šalys, suprasdamos ekonomiškai racionalių ir ekologiškai priimtinių infrastruktūrų sukūrimo svarbą, bendradarbiaudamos didžiausią dėmesį skirs šioms sritims:

- energetikai;
- laivininkystei;
- uostų ūkiui;
- geležinkeliui;
- oro transportui;
- telekomunikacijoms;
- vandens ūkiui;
- antrinių žaliavų perdirbimui ir panaudojimui.

## 4 straipsnis

Susitariančiosios Šalys susitaria, kad turizmas gali prisidėti plėtojant dvišalius tarptautinius ekonominius santykius.

(1) Susitariančiosios Šalys skatins turizmą pagal kiekvienoje valstybėje galiojančius teisinius aktus ir Jungtinių Tautų konferencijų dėl turizmo ir tarptautinių kelionių (Roma, 1963), ir "Turizmo Chartijos ir Turizmo nuostatų" ("Tourismus-Charta ir Touristen-Code"), (Sofija, 1985) pagrindus ir rekomendacijas.

(2) Ekonominis, pramoninis, techninis ir techninis-mokslinis bendradarbiavimas vykdamas turizmo projektus, taip pat kuriant atitinkamą infrastruktūrą turi vykti pagal aplinkos apsaugos ir gamtą tausojančio turizmo principus.

## 5 straipsnis

Tarp Austrijos Respublikos ir Lietuvos Respublikos atsiskaitoma laisvai konvertuojama valiuta pagal valiutos taisykles, galiojančias kiekvienoje valstybėje.

## 6 straipsnis

(1) Pagal šią Sutartį prekių mainai ir ekonominis, pramoninis, techninis ir techninis-mokslinis bendradarbiavimas vyksta komerciniais pagrindais.

(2) Prekyba tarp abiejų valstybių įmonių vyksta rinkos kainomis.

## 7 straipsnis

(1) Susitariančiosios Šalys konsultuojasi, jeigu prekiaujant tarp Susitariančiųjų Šalių įvežamos prekės tokiais kiekiais ar tokiomis kainomis arba jeigu jos įvežamos tokiais sąlygomis, kad vietiniams analogiškų prekių gamintojams ar betarpiškai



## 36 der Beilagen

9

5

konkuruojančių prekių gamintojams padaroma arba gali būti padaryta reikšminga žala.

(2) Šių konsultacijų metu Susitariančiosioms Šalims sutartinai konstatavus, kad yra susidariusi šio straipsnio pirmojoje dalyje nurodyta situacija, apribojami išvežimai arba taikomos kitos priemonės, kad būtų išvengta žalos arba ji būtų pašalinta.

(3) Susitariančiosioms Šalims nesusitarus, Susitariančioji Šalis, kuri reikalavo tų konsultacijų, gali šių prekių įvežimą apriboti tokiu mastu ir tokiam laikui, kuris reikalingas išvengti žalai arba jai pašalinti. Tuo atveju antroji Susitariančioji Šalis gali nustatyti pirmajai Susitariančiajai Šaliai iš esmės lygiavertę prekybos apimtį.

(4) Tais atvejais, kai konsultacijų atidėjimas sukeltų sunkias pasekmes, galima be išankstinių konsultacijų taikyti laikinas priemones. Tokiu atveju konsultacijas reikia pradėti nedelsiant.

(5) Pasirenkant priemones pagal šį straipsnį, Susitariančiosios Šalys taiko tokias priemones, kurios mažiausiai trukdo įgyvendinti šią Sutartį.

## 8 straipsnis

Susitariančiosios Šalys pripažįsta, kad reikia didinti mažųjų ir vidutinių įmonių dalyvavimo tarptautiniuose ekonominiuose santykiuose naudingumą ir svarbą.

## 9 straipsnis

(1) Susitariančiosios Šalys rekomenduoja įmonėms spręsti ginčus visų pirma draugiškai abipusiai susitariančiant.

(2) Susitariančiosios šalys pagal jų galiojančius teisinius aktus:

10

36 der Beilagen

6

a) skatina savo įmones ginčytinus klausimus dėl prekybos ir kooperacijos reikalų, taip pat dėl bendrų įmonių steigimo ir tiesioginių investicijų spręsti arbitraže;

b) skatina vadovautis Jungtinių Tautų Tarptautinės prekybos teisės komisijos (UNCITRAL) parengtomis arbitražinio teismo taisyklėmis ir 1958 metais Niujorke pasirašytu susitarimu dėl užsienio arbitražinių sprendimų pripažinimo ir vykdymo.

#### 10 straipsnis

Šios Sutarties pakeitimai arba jo galiojimo termino pasibaigimas neturi įtakos abiejų Susitariančių Šalių įmonių anksčiau sudarytoms sutartims.

#### 11 straipsnis

(1) Pagal šią Sutartį sudaroma Mišri komisija, kuri, pageidaujant vienai iš Susitariančiųjų Šalių, susirenka pakaitomis Austrijoje arba Lietuvoje.

(2) Svarbiausios šios Mišrios komisijos užduotys yra:

a) tikrinti dvišalių tarptautinių ekonominių santykių vystymąsi;

b) išaiškinti ir derinti naujas bendradarbiavimo galimybes ir skatinti būsimą bendradarbiavimą;

c) rekomenduoti ir konsultuoti, kaip turi būti taikoma ši Sutartis;

d) teikti Susitariančių Šalių įmonėms pasiūlymus dėl ekonominio, pramoninio, techninio ir techninio-mokslinio bendradarbiavimo sąlygų gerinimo.

#### 12 straipsnis

(1) Jeigu viena arba abi Susitariančiosios Šalys priklauso Europos ekonominei zonai ar įstoja į Europos Bendriją (EB) arba į jos teises perimsiančią organizaciją, tai Susitariančiosioms Šalims ši Sutartis taikoma tiek, kiek ji

36 der Beilagen

11

7

neprieštarauja jų, kaip šių organizacijų dalyvių, teisinei padėčiai.

(2) Šiuo atveju Susitariančiosios Šalys kartu nustatys toliau galiojančias šios Sutarties nuostatas.

## 13 straipsnis

(1) Ši Sutartis įsigalioja pirmą dieną trečio mėnesio, einančio po to mėnesio, kai Susitariančiosios Šalys viena kitą informuos, apie atitinkamų sąlygų šiai Sutarčiai įsigaliooti jų šalyse įvykdymą.

(2) Ši Sutartis sudaroma vieneriems metams ir automatiškai galioja kitiems metams, jeigu likus trims mėnesiams iki jos galiojimo pabaigos viena iš Susitariančiųjų Šalių raštu diplomatiniais kanalais nepraneša apie jos nutraukimą.

(3) Įsigaliojus šiai Sutarčiai netenka galios:

a) 1928 m. spalio 5 d. Austrijos Respublikos ir Lietuvos Respublikos Prekybos konvencija;

b) 1928 m. spalio 5 d. pasikeitimas notomis dėl Austrijos Respublikos ir Lietuvos Respublikos Prekybos konvencijos;

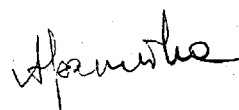
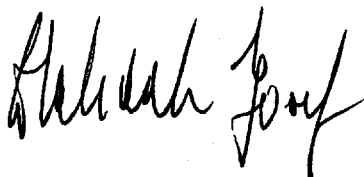
c) 1934 m. balandžio 27 d. pasikeitimas notomis tarp Austrijos Respublikos ir Lietuvos Respublikos "Dėl muitų kontingento kiaušiniams nustatymo";

d) 1936 m. vasario 11 d. pasikeitimas notomis tarp Austrijos Respublikos ir Lietuvos Respublikos "Dėl negyvų žąsų įvežimo iš Lietuvos".

Sudaryta *Vilniuje*..... 1934.. m. *rugpjūčio*.....<sup>16</sup>..... d.  
dviem egzemplioriais, kiekvienas vokiečių ir lietuvių kalba, abu tekstai vienodos galios.

Austrijos Respublikos  
vardu

Lietuvos Respublikos  
vardu



## VORBLATT

### **Problem:**

Da Österreich seinerzeit die Okkupation Litauens nicht anerkannt hat, sind mit der Erlangung der Souveränität der Republik Litauen, die aus den Zwanzigerjahren bestehenden wirtschaftsvertraglichen Vereinbarungen neu aufgelegt. In Hinblick darauf, daß diese wegen langjähriger „Desuetudo“ nicht mehr angewandt werden, und außerdem mit den geltenden österreichischen Rechtsvorschriften unvereinbar sind, ergab sich die Notwendigkeit der vertraglichen Neuregelung der außenwirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Staat.

Die Republik Litauen ist nicht Vertragspartner des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

### **Ziel:**

Mit dem Abkommen über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen soll einerseits der bilaterale Warenverkehr und andererseits auch die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Republik Litauen geregelt und ausgeweitet werden.

Durch das Abkommen räumen die Republik Österreich und die Republik Litauen einander die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben im Umgang von Art. I und V Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) ein.

### **Alternative:**

Nichtabschluß des Abkommens und Kündigung der aus den zwanziger Jahren stammenden wirtschaftsvertraglichen Vereinbarungen insbesondere wegen Unvereinbarkeit mit dem EG-Rechtsbestand und somit ein vertragsloser Zustand im wirtschaftlichen Bereich.

### **Kosten:**

Das Abkommen kann im Rahmen der bestehenden Administration verwaltet werden. Durch die im Abkommen vorgesehene Errichtung einer „Gemischten Kommission“ werden keine nennenswerten Mehrkosten entstehen.

### **EWR bzw. EG-Kompatibilität:**

Im Abkommen ist vorgesehen, daß mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme zumindest einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) jene Bestimmungen des Abkommens ihre Bindungswirkung für die Vertragsparteien verlieren, die mit dem neuen Rechtsbestand unvereinbar sind. Es entfällt somit die Notwendigkeit einer formellen Kündigung des Abkommens. Jene Bestimmungen, die mit dem neuen Rechtsbestand vereinbar sind, werden in einer Bestandsaufnahme durch die Vertragsparteien als weitergeltend identifiziert.

Die in den Art. 3 und 4 des vorliegenden Abkommens vorgesehene Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technisch-wissenschaftlichen Bereich, so vor allem durch die Definition chancenreicher Kooperationsbereiche und Projekte, stellt eine notwendige Ergänzung der wirtschaftsvertraglichen Beziehungen zwischen den EG und Litauen unter bewußter Inanspruchnahme des autonomen Regelungsbereiches dar.

## Erläuterungen

### Allgemeiner Teil

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Litauen über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen enthält — wegen Einräumung der Meistbegünstigung an ein Nicht-GATT-Mitglied — gesetzändernde Bestimmungen und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat keinen politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Bereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Einer Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz bedarf es nicht, da keine Angelegenheiten geregelt werden, die in den selbständigen Wirkungsbereich der Länder fallen.

Dieses Abkommen soll die aus den Zwanzigerjahren stammenden wirtschaftsvertraglichen Vereinbarungen, die in Folge langjähriger „Desuetudo“ nicht mehr angewandt werden und mit den derzeitigen österreichischen Rechtsvorschriften unvereinbar sind, ersetzen und eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen (Präambel) schaffen.

Obwohl Litauen nicht Mitglied des GATT ist, sieht das Abkommen, in Würdigung und zur Unterstützung der bisherigen politischen und wirtschaftlichen Reformbestrebungen, die Einräumung der „Meistbegünstigung“ im Umfang von Artikel I und V GATT vor.

„Von marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausgehend“ (Präambel) wird dieses Abkommen nicht nur den Warenaustausch, sondern auch die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit regeln.

Zu dem im Abkommen wiederholt vorkommenden Begriff „technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit“ wird festgehalten, daß in der litauischen Sprache traditionell „technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit“ als Synonym für „angewandte Forschung“ gebraucht wird. In diesem Sinn wurde gegenüber der litauischen Seite klargestellt, daß in den vorliegenden Bestimmungen nur Kompetenzen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten berührt sind.

### Besonderer Teil

#### Zur Präambel:

Neben allgemeinen Zielsetzungen, wie dem Wunsche nach Intensivierung der bestehenden beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen sowie dem Bestreben den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zu fördern und dem Bekenntnis zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen, ist auch ein Rechtsvorbehalt zugunsten der „im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften“ verankert.

#### Zu Artikel 1:

In Fortführung des Bekenntnisses zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen wird generell die Förderung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den „Unternehmen“ beider Staaten festgelegt.

#### Zu Artikel 2 (gesetzändernd):

Die Vertragsparteien gewähren einander im Abs. 1 die Meistbegünstigung im Umfang von Art. I und V des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

Im Abs. 2 sind die Ausnahmen vom Grundsatz der Meistbegünstigung festgelegt.

**Zu Artikel 3:**

Beispielhafte Anführung chancenreicher Kooperationsbereiche, wobei als Maßstab die „höchsten Standards der Umwelttechnologien“ normiert sind. Höchstes Interesse soll der Zusammenarbeit in den angeführten Infrastrukturbereichen gewidmet werden, in Hinblick auf die Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme.

**Zu Artikel 4:**

Beiderseitiges Bekenntnis zur Förderung des Tourismus im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften sowie der gemeinsamen internationalen Verpflichtungen der Vertragsparteien.

Die Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes und des schonenden Tourismus erfolgen.

**Zu Artikel 5:**

Der Zahlungsverkehr zwischen Österreich und Litauen soll in frei konvertierbarer Währung erfolgen.

**Zu Artikel 6:**

Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten soll zu marktgerechten Preisen erfolgen.

**Zu Artikel 7:**

Zur Vermeidung von Störungen am Inlandsmarkt sowie zum Schutz der inländischen Hersteller vor schwerwiegenden Schädigungen ist bei auftretenden Schwierigkeiten im bilateralen Handel zunächst durch die Aufnahme von Konsultationen eine gemeinsame Lösung anzustreben. Wird in den Konsultationen keine Einigung erzielt, so kann die betroffene Vertragspartei einseitige Maßnahmen setzen, soweit diese zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich sind, wobei die andere Vertragspartei dann ihrerseits die Möglichkeit hat, von ihren Verpflichtungen für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

Abs. 4 bietet die Möglichkeit der Ergreifung vorläufiger Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen in Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde.

Für die Auswahl der Maßnahmen gilt das Prinzip des jeweils gelindesten Mittels.

**Zu Artikel 8:**

Beiderseitiges Bekenntnis der Notwendigkeit der stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

**Zu Artikel 9:**

Die Beilegung von Streitfällen zwischen den Unternehmen beider Staaten soll primär durch freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen erfolgen. Die Vertragsparteien werden die Streitbeilegung durch Schiedsgerichte und die Anwendung der UNCITRAL-Schiedsregeln fördern.

**Zu Artikel 10:**

Abkommensänderungen oder der Ablauf seiner Gültigkeit sollen auf die Abwicklung vorher abgeschlossener Unternehmensverträge keinen Einfluß haben.

**Zu Artikel 11:**

Als höchstes bilaterales Wirtschaftsforum wird eine „Gemischte Kommission“ errichtet, welche auf Vorschlag einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder nach Litauen einberufen wird.

**Zu Artikel 12:**

Für den Fall der Teilnahme zumindest einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) ist vorgesehen, daß die Vertragsparteien durch das vorliegende Abkommen insofern nicht gebunden sind, als die bestehenden Verpflichtungen mit dem jeweils geltenden Rechtsbestand unvereinbar sind. Mit dieser Bestimmung entfällt die Notwendigkeit einer formellen Kündigung des Abkommens. Die Weitergeltung der Bestim-

mungen des Abkommens, die nicht vom EWR- bzw. vom EG-Rechtsbestand erfaßt sind, erfolgt durch die gemeinsame deklaratorische Feststellung der Vertragsparteien.

**Zu Artikel 13:**

Die Geltungsdauer des Abkommens wird mit einem Jahr festgelegt, mit automatischer Verlängerung um jeweils ein weiteres Jahr. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate jeweils vor Ablauf der Gültigkeit des Abkommens.

Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens sollen gleichzeitig die aus den zwanziger Jahren stammenden wirtschaftsvertraglichen Vereinbarungen ihre Wirksamkeit verlieren.